

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-293
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Französische Verstärkung für Marokko.

Ein Armeekorps vor dem Abtransport.

Paris, 17. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Nach den Mitteilungen der Blätter sollen die Truppenverbände, die gegenwärtig in Südfrankreich zum Abtransport nach dem marokkanischen Kriegsschauplatz konzentriert werden, die Stärke eines ganzen Armeekorps haben. Sie sollen, wie das „Journal“ mitteilt, bei Casablanca zusammengezogen und an der Front verwendet werden. Nach dem gleichen Blatt soll ein weiteres Armeekorps an der Grenze von Algier zusammengezogen werden, um die französische Linie bei Taza zu verstärken.

Friedensangebot an Abd el Krim.

Paris, 17. Juli. (Ill.) Trotzdem sich Abd el Krim erst mit den Vorbereitungen für die große Offensive befaßt, die sich nur in Teilstößen auswirkt, wird jetzt offiziell zugegeben, daß die Lage augenblicklich sehr kritisch und ernst sei, und daß die kampfmüden Fronttruppen in Marokko dringend des Nachschubes bedürften.

Die ausgearbeiteten Friedensvorschläge werden in kurzer Zeit Abd el Krim von zwei spanischen und einem französischen Offizier übermittlelt werden. Abd el Krims Entschlieung wird dann abgewartet werden.

Französische Verluste.

Paris, 17. Juli. (CP.) Entgegen dem „Echo de Paris“ geben „Petit Journal“ und „Petit Parisien“ zu, daß die Lage in Marokko in den letzten Tagen sich bedeutend verschlechtert habe. „Petit Parisien“ läßt sich von seinem Vertreter in Fez melden, daß Abd el Krim eine große Offensive gegen Fez vorbereite. Die Stellung von Ain-aioua sei der Gefahr ausgesetzt, umzingelt zu werden. Die Truppen Abd el Krims bedrohten offensichtlich die Truppen, die Painlevé bei seiner letzten Inspektionsreise besucht hat. In der Gegend von Taza sei die Lage weniger bedrohlich, doch liege die Gefahr in der Haltung, die die eingeborenen Stämme in dieser Gegend einnehmen. Das „Petit Journal“ teilt mit, daß zahlreiche französische Bataillone sehr zusammengeschmolzen seien und zurzeit nur noch 300 Mann zählten. Die Zeitung gibt eine neue Verlustliste bekannt, die von den bisherigen offiziellen Darstellungen bedeutend abweicht. Danach hätten die Franzosen bis zum 30. Juni 707 Tote und 2775 Verletzte gehabt. Außerdem seien 666 Mann vermißt, die ebenfalls zu den Toten gerechnet werden könnten. In den Händen Abd el Krims befinden sich nur 30 Gefangene.

Auswärtiger Ausschuß.

Außprache über den Sicherheitspakt.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages trat heute vormittag zusammen, um die Aussprache über die Antwortnote auf die Note der französischen Regierung vom 16. Juni 1925 vorzunehmen. Anwesend waren: Reichskanzler Luther, Reichsaußenminister Dr. Stresemann, Reichsinnenminister Schiele, Reichswirtschaftsminister Reuhaus, Reichsjustizminister Frenken, sowie sämtliche Referenten des Auswärtigen Amtes und die Vertreter der Länder. Die Aussprache wurde eingeleitet mit ausführlichen Darlegungen des Reichskanzlers Luther und des Reichsaußenministers Dr. Stresemann. Dr. Stresemann gab in ausführlicher Rede den Inhalt der deutschen Antwortnote dem Ausschuß zur Kenntnis und knüpfte daran Darlegungen über die außenpolitische Situation und den allgemeinen Stand der Sicherheitsfrage. In der sich anschließenden Diskussion nahmen die Abgeordneten Graf Westarp (Dnat.); Dr. Raas (Z.); Dr. Breitscheid (Soz.); Dr. Schulz (D. Sp.); Stöcker (Komm.); Koch-Weser (Dem.); Graf Reventlow (Völk.); Hamppe (Wirtschaftl. Vereinig.) und Leicht (Bahr. Sp.) das Wort. Die Aussprache ergab, daß der Auswärtige Ausschuß in seiner überwiegenden Mehrheit den Grundgedanken der deutschen Antwortnote zustimmte.

Eine offiziöse französische Stimme.

Paris, 17. Juli. (W.Z.) Die „Ere Nouvelle“, (die seit der Zuspitzung der Krise des Vinsbloks das eigentliche Sprachrohr der Regierung Painlevé-Briand-Caillois ist — Red. d. „V.“), nimmt Stellung zu der zu erwartenden deutschen Antwortnote in der Sicherheitsfrage und schreibt:

Wir sind keine Feinde internationaler Konferenzen, weit davon entfernt. Aber wir glauben, daß Außenminister Briand sich sehr weise zeigt, wenn er darauf besteht, daß die Angelegenheit erst vor dem Völkerbund gebracht wird. Das ist logisch. Die Erfahrung von Genoa hat bewiesen, daß von diesen großen intereuropäischen Konferenzen nichts zu erwarten ist, wenn der Gegenstand der Beratung nicht durch Verträge präzisiert wurde und wenn die Verhandlungen sich nicht im Rahmen eines streng festgelegten Protokolls entwickeln. Wenn wir uns morgen auf den Vorschlag der deutschen Regierung zu einer Versammlung dieser Art begeben, so wäre es sehr wahrscheinlich, daß dort alle Fragen mit einander verknüpft würden und daß man dort wirtschaftliche Probleme und die Revision der Ostgrenzen aufwerfen würde. In dem Falle, der uns jetzt zugewiesen ist, wäre notwendig, mit Vorsicht vorzugehen und zur Controverse nur die reiflich durchdachten Ideen zu stellen.

Wir wissen, daß das Wort Völkerbund den Stolz der alten deutschnationalen Parteien verletzt. Für sie heißt es: „nach Genf gehen“ soviel wie „nach Canossa gehen“. Wir haben geglaubt, daß man derartigen Skrupeln nicht viel Bedeutung bellegen sollte. Die letzte Note des Quai d'Orsay ist eins der wenigen Dokumente, die seit Jahren verfaßt wurden, in denen man einen wirklich pazifistischen Geist entdecken kann. Niemand hat ein früher eine Sprache geführt, die so frei von Hochmut war. Deutschland

hätte also ein Interesse daran, keinen Streit zu suchen, weder über eine Frage der Doktrin, noch über einzelne Probleme wie z. B. die Räumung des Ruhrgebietes und die Räumung von Düsseldorf, Ruhrort und Duisburg. Wir haben bewiesen, daß wir nicht befürchten, im Entgegengemmen zu weit zu gehen.

Der Ausweisungskflikt mit Polen.

15 000 Deutsche vertrieben.

Wie wir mitteilen, droht am 1. August die Ausweisung aller deutschen Oplanten, die keinen Grundbesitz innehaben. Einschließlich der bereits Ausgewanderten dürfte es sich um 15 000 Menschen handeln. Die Oplanten mit Grundbesitz werden voraussichtlich am 1. August des nächsten Jahres Polen verlassen müssen. Hierbei handelt es sich um etwa 10 000 deutsche Staatsangehörige. Diejenigen, die im polnischen Festungstruppen Grundbesitz innehaben, werden voraussichtlich bereits am 1. November d. J. ihre Wohnstätten verlassen müssen.

Es wird bestritten, daß die polnischen Oplanten in Deutschland ebenfalls mit der Ausweisung rechnen müssen, wenn die polnische Regierung trotz der willkürlichen Schädigung der Deutschen in Polen ihre Ausweisung durchführt. Die Zahl der polnischen Oplanten in Deutschland beträgt schätzungsweise 8000 bis 10 000.

Der Wirtschaftskrieg mit Polen.

Versuch der Beilegung im September?

Berlin, 17. Juli. (W.Z.) Die polnische Delegation für die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen hat auf das letzte Schreiben des deutschen Bevollmächtigten vom 10. Juli, in dem Deutschland die polnischen Forderungen als unannehmbar bezeichnet, bisher eine sachliche Antwort nicht erteilt. Der polnische Bevollmächtigte hat indessen mündlich angedeutet, spätestens am 16. September zusammenzutreten, um die Lage sodann einer Prüfung zu unterziehen, und sich vorbehalten, gegebenenfalls auch schon zu einem früheren Zeitpunkt eine solche Zusammenkunft vorzuschlagen. Der deutsche Bevollmächtigte hätte sich schon in seinem oben erwähnten Schreiben jederzeit zu neuen Verhandlungen bereit erklärt, sobald Polen anderweitige Vorschläge mache, und hat daher dieser Anregung zugestimmt. Bei den zurzeit bestehenden Gegensätzen wird allerdings die erneute Prüfung der Lage im September nur dann zur Beilegung des Wirtschaftskrieges führen können, wenn Polen sich zu erheblichen Konzessionen versteht.

Potsdamer Justiz.

Berlin stellt ein — Potsdam verurteilt.

Ein interessanter Beleidigungsprozess, beschäftigte heute das Potsdamer Schöffengericht. Angeklagt wegen Beleidigung des ersten Vizepräsidenten des Landtages v. Aries war der verantwortliche Redakteur des Potsdamer „Volksblattes“, Genosse Reinhold Beneke. Das Potsdamer „Volksblatt“ brachte in seiner Nummer vom 12. März d. J. einen Artikel mit der Ueberschrift „Ein Stückchen Finanzskandal. Herr v. Aries und die Scharlachbank. Die deutschnationalen Lebensmittelgeschäfte.“ In diesem Artikel wird behauptet, daß die Bank sehr merkwürdige Geschäfte mit führenden deutschnationalen Posititern gemacht habe. So befände sich ein Konto v. Aries auf der Bank und ein Brief bejaht, daß für Herrn v. Aries Dollarverkäufe stattfinden müßten. Auch von politischen Informationen war die Rede. Dieser Artikel ist seinerzeit auch im „Vorwärts“ erschienen und die Staatsanwaltschaft Berlin I hat das Verfahren gegen den „Vorwärts“ eingestellt.

Zu dem heutigen Termin war der erste Vizepräsident v. Aries als Zeuge geladen. Er gab unter Eid die Erklärung ab, daß er niemals in Beziehungen zur Scharlachbank gestanden habe. Der Angeklagte wendete ein, daß unter führenden Persönlichkeiten nicht unbedingt der Vizepräsident gemeint sein müsse. Demgegenüber führte v. Aries aus, daß man sofort im Landtag auf ihn zugekommen sei mit dem Artikel in der Hand. Der Staatsanwalt nannte das Vorgehen des Angeklagten als ein außergewöhnliches Maß von Aneiferi. Der Angeklagte sprang auf und protestierte gegen herabsetzende Reden. Das Potsdamer Schöffengericht erkannte wegen Beleidigung aus § 186 des St.G.B. und § 20 des Preßgesetzes auf 800 M. Geldstrafe. Der Angeklagte hat gegen das Urteil sofort Berufung eingelegt.

Ende des Börsenstreiks.

Der Börsenvorstand hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, vom Montag, den 20. Juli, ab die amtliche Notierung der Anleihen des Reichs, der Länder und der Gemeinden wieder aufzunehmen.

Keine Verpachtung von baltischen Inseln. Aus Rostau tauchen von Zeit zu Zeit Alarmmeldungen über die Verpachtung der estländischen Inseln Desei und Dagoe an England auf. Auch diesmal werden die Nachrichten von estländischer Seite als völlig aus der Luft gegriffen bezeichnet.

Die Vertreter Englands auf der Völkerbundtagung werden, nach einer Regierungsmitteilung im Unterhause, sein: Chamberlain, Lord Robert Cecil, Cecil Hurst und die Marquise von Atholl. Die Tagung beginnt am 2. September.

Was wird aus den Steuern?

Die Regierung in Verlegenheit.

Der Steuerauschuß des Reichstages hat am Mittwoch die zweite Beratung der Steuervorlagen begonnen. Zu der ersten Lesung hatte er trotz angestrengter Arbeit 42 Sitzungen gebraucht. Nach den Absichten der Reichsregierung und der Regierungsparteien soll die zweite Lesung der Vorlagen noch in dieser Woche abgeschlossen werden, damit zu Beginn der nächsten Woche die Beratung dieses großen Gesetzgebungswerkes im Plenum des Reichstags beginnen könne. Wie man erzählte, hatten sich auf dieses Programm auch die Regierungsparteien geeinigt.

Inzwischen aber dürften sie diese Absichten selbst wieder aufgegeben haben. Es erscheint unmöglich, die zweite Lesung in wenigen Tagen zu beendigen. Nicht etwa deswegen, weil die Oppositionsparteien ein Hindernis dafür bieten. Es wird vielmehr allgemein anerkannt, daß die Oppositionsparteien nicht schuld daran sind, und daß insbesondere die Sozialdemokratie eine hoch anerkanntenswerte Sachlichkeit an den Tag legte und sich auch in bezug auf das Redebedürnis größere Fesseln auferlegte, als manche der Regierungsparteien. Das Hemmnis liegt vielmehr in den starken Gegensätzen unter den Regierungsparteien selbst. Sie machen sich bei fast allen Vorlagen bemerkbar, so daß die Regierung trotz ständiger und langwieriger Vorbereitungen mit den Regierungsparteien dauernd Mühe hat, das Ausbrechen einzelner Fraktionen zu verhindern.

Die Gegensätze unter den Regierungsparteien sind teilweise so stark, daß das Schicksal einzelner Steuer Gesetze völlig ungewiß ist. Das gilt in erster Linie von dem Finanzausgleich. Der offene Konflikt, der zwischen der Reichsregierung und den Ländern ausgebrochen ist, ist zwar durch die Schuld der Regierungsparteien mit entstanden und verschärft worden, seine Lösung aber wird zugleich erschwert, weil die Regierungsparteien nur zum Teil hinter der Reichsregierung, zum Teil aber hinter den Länderregierungen stehen. Es ist deshalb die innere Hoffnung der Reichsregierung, in der Sozialdemokratie einen Bundesgenossen gegen die Länder zu finden. Soweit überpannter Partikularismus in Frage kommt, ist diese Erwartung berechtigt. Angesichts der allgemeinen Tendenz des Finanzausgleichs aber ist vorläufig schwer zu sehen, daß die Sozialdemokratie diese Aufgabe übernimmt.

Die Sozialdemokratie kann weder dabei helfen, daß Eingriffe in die Selbstverwaltung der Gemeinden vorgenommen werden, noch wird sie die Absichten fördern, die die steuerlichen Wirtschaftskreise verfolgen. Deren Bestreben läuft darauf hinaus, Länder und Gemeinden in ihren Einnahmen so zu beschneiden, daß sie wichtige, soziale und kulturelle Aufgaben abbauen oder stark einschränken müssen. Noch stärkeren Bedenken begegnet die Absicht, durch stärkste Anspannung der Hauszinssteuer für fiskalische Zwecke und durch Erhöhung der Mieten über den Friedensstand hinaus, den Mietern neue hohe Lasten aufzubürden und gleichzeitig den Hausbesitzern ein erhebliches Geschenk zu machen.

Die Situation würde noch verschärft werden, wenn es zu keiner Einigung zwischen dem Reich und den Ländern kommt. Einstweilen kommen von Bayern her so starke Töne der Entrüstung gegen die deutschnationalen Reichsregierung und die Rechtsparteien, daß man sich die Einigung schwer vorstellen kann. Solange die Rechtsparteien in der Opposition waren, konnten sie ihren demagogischen Gefühlen freien Spielraum lassen. Jetzt stehen hinter ihnen die mächtigen Wirtschaftskreise, deren Verlangen dahin geht, Länder und Gemeinden nicht nur finanziell zu beschneiden, sondern zugleich unter die Polizeiaufsicht des Reiches zu stellen. Verfaßt deshalb der Reichsrat dem Finanzausgleich seine Zustimmung, muß die Regierung versuchen, eine Zweidrittelmehrheit im Reichstag für dieses Gesetz zu finden.

Ebenso wichtig aber sind die Gegensätze auf einer Reihe von anderen Gebieten. Sowohl der Tarif bei der Einkommensteuer, als auch die Umsatzsteuer, die Luxussteuer, verschiedene Gemeindesteuern und vor allem die Besteuerung der öffentlichen Versorgungsbetriebe sind heftig umstritten. Nach dem Kompromiß zwischen Reichsregierung und Reichsrat sollen die Versorgungsbetriebe für Gas, Wasser, Elektrizität und Verkehr von der Körperschafts- und Umsatzsteuer befreit bleiben. Das Großkapital aber will die Konkurrenzfähigkeit dieser Unternehmungen herabdrücken und sie zwingen, sich dem Privatkapital anzuschließen. Gelingt diese Absicht, was einstweilen nicht anzunehmen ist, dann würde auch das Körperschaftssteuergesetz und das Vermögenssteuergesetz ernstlich gefährdet sein.

Die geringfügige Herabsetzung der Umsatzsteuer um ¼ Proz. hat wenig Befriedigung hervorgerufen. Noch stärker ist der Unwille über die Erhaltung der sogenannten Luxussteuer, die die Qualitätsindustrie und die Qualitätsarbeiter erheblich schädigt. Die Regierungsparteien haben diese Steuer aufrechterhalten und nur ihren Umbau in Aussicht gestellt. Die Sozialdemokratie entschied sich zunächst für die Beseitigung dieser Steuer, da ihre wirtschaftsschädlichen Folgen gegenwärtig wesentlich größer sind, als ihr finanzpolitischer Nutzen. Ihre endgültige Stellung hängt davon ab, ob man bereit ist, schädliche Folgen der Luxussteuer für

Ausgleichsquittung, wonach er auf alle Ansprüche verzichtet, unterschrieben.

Es wurde vor der III. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts unter dem Vorsitz des Magistratsrats Neumann verhandelt. In diesem Termin gab der vernommene Personalleiter zu, daß der Kläger ursprünglich auf die tariflichen Bestimmungen bezüglich der Kündigungszeit hingewiesen hat. Die Firma wäre unstreitig verurteilt worden, hätte der Kläger nicht die Ausgleichsquittung unterschrieben. Nach der Verhandlung machte der Vorsitzende den Zeugen darauf aufmerksam, daß er für die Folge in seinem Betriebe den Angestellten, die zur Entlassung kommen, bei Unterschreitung der Ausgleichsquittung ausdrücklich erklären soll, daß sie nach der Unterschreiftung keinerlei Ansprüche mehr an die Firma haben.

Wir halten es für zweckmäßig, das Personal des KdW. darauf besonders aufmerksam zu machen, daß es nicht verpflichtet ist, Ausgleichsquittungen zu unterzeichnen, sondern daß der Arbeitgeber verpflichtet ist, die fälligen Gehälter gegen eine Quittung auszus zahlen, die die Ausgleichsformel nicht enthält. Es steht den Angestellten frei, unter Vorbehalt zu quittieren. Enthält eine vorgelegte Quittung die Klausel, daß auf alle weiteren Ansprüche aus dem Dienstverhältnis verzichtet wird oder ähnliches, so ist sie die zu durchstreichen. Es wird gleichfalls hierbei in Erinnerung gebracht, daß Angestellte, die fristlos entlassen oder gekündigt werden, sofort bei ihrem Arbeitgeber Protest erheben müssen und soweit ein Angestellterrot besteht (wie im KdW.), bei diesem Einspruch auf Grund des BKG. erheben müssen.

Lohnkampf in der hannoverschen Metallindustrie.

Hannover, den 17. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Für die hannoversche Metallindustrie bestand seit 16. April d. J. ein Lohnstopp, der für die über 24 Jahre alten Arbeiter und Arbeiterinnen Tariflöhne von 30 bis 62 Pf. die Stunde vorsah. Am 25. Juni wurde

dieser Tarifvertrag zum 10. Juli gekündigt und eine zehnprozentige Erhöhung der Tariflöhne gefordert. Der Verband der hannoverschen Metallindustrie lehnte jegliche Erhöhung der Löhne ab. Der Schlichtungsausschuss fällt einen Schiedspruch, nach welchem die bisherigen Löhne bis zum 15. August verlängert werden sollten. Dieser Schiedspruch wurde von der Arbeiterschaft abgelehnt. In einigen größeren Betrieben legten eine Anzahl Arbeiter die Arbeit nieder. Ein Versuch des Deutschen Metallarbeiterverbandes, noch im letzten Augenblick zu einer Verständigung zu kommen, hatte bisher keinen Erfolg. Es ist deshalb in den nächsten Tagen mit größeren Konflikten und selbst einer allgemeinen Arbeits einstellen in der Metallindustrie zu rechnen. Bisher stehen 1500 Arbeiter im Streik.

Lohnregelung im Brauereigewerbe.

Dortmund, 16. Juli. (H.) Im rheinisch-westfälischen Brauereigewerbe wurde folgender Schiedspruch gefällt: 1. Die Lohnsätze des Abkommens vom 25. März 1925 erhöhen sich ab 1. Juli um 8 Proz. 2. Vorstehende Regelung läuft bis auf weiteres und kann mit einer 14tägigen Frist, frühestens am 31. Dezember, gekündigt werden. 3. Sollte während der Geltungsdauer obenstehender Regelung eine solche Verschiebung in den Kosten der Lebenshaltung eintreten, daß allgemein eine Erhöhung der Löhne in anderen Berufen eintritt, so kann auch im Brauereigewerbe eine Aenderung der Löhne beantragt werden.

Die Lohnverhandlungen im Saarbergbau.

Saarbrücken, 16. Juli. (H.) Am Mittwoch fanden zwischen den Bergarbeiterorganisationen und dem Generaldirektor der französischen Saargruben Lohnverhandlungen statt. Die Direktion teilte mit, daß der französische Arbeitsminister eine Lohnerhöhung im Saargebiet um 5 Proz. zuzug. Die Organisationen lehnten das Angebot als ungenügend ab. Sie ersuchten die Zentral-

direktion, dem Minister davon Mitteilung zu machen, daß die Feuerung im Saargebiet eine größere Lohn-erhöhung erfordere. Am Sonnabend soll voraussichtlich die Antwort des Ministers eintreffen.

Für drei Tage dieser Woche hat die Grubenverwaltung aus sämtlichen Gruben Feiertagsarbeiten eingelegt. Die Organisationen opponieren gegen diese Maßnahme. Schließlich hat sich die Grubenverwaltung bereit erklärt, die Feiertagsarbeit am Freitag zurückzunehmen. Sollte bis dahin die Forderung wieder normal sein, so fällt auch die Feiertagsarbeit am Freitag aus.

Keine Entspannung im englischen Bergbaukonflikt.

London, 17. Juli 1925. (H.) Der Präsident der Bergarbeitervereinigung erklärte gestern, daß vorläufig noch keine Verhandlungen über die Lohnfrage stattgefunden hätten und daß die Exekutive keine Vollmacht zu Verhandlungen habe. Die Vertreter der Bergarbeiter müßten erst von einer Konferenz zu Verhandlungen ermächtigt werden. Heute findet eine Zusammenkunft zwischen den Vertretern der Eisenbahner, Transport- und Bergarbeiter in der Pfalz statt, die die Bildung eines großen gewerkschaftlichen Bündnisses bezweckt und in gewissem Sinne eine Vorbereitung für den Streik bedeutet.

Im Lohnstreik des rheinisch-westfälischen Sägewerbes wurde folgender Schiedspruch gefällt: 1. Der Spitzenlohn der Vereinbarung vom 31. Mai wird mit Wirkung vom 1. Juli auf 75 Pf. festgelegt. 2. Vorstehende Regelung läuft bis auf weiteres und kann mit vierwöchiger Frist, frühestens zum 31. Oktober, gekündigt werden.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: Arthur Colerus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Revisionen: Dr. John Schilowski; Kales und Soukagos: Fein Karstadt; Anzeigen: Th. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Germania-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Germania-Verlag G. m. b. H., Berlin. Postfach 68, Lindenstraße 1.

SAISON-AUSVERKAUF

in fast allen Abteilungen

Schlußtag: Sonnabend, den 18. Juli 1925

Grosser Extra-Verkauf in Porzellan u. Steingut

Beginn: Montag, den 20. Juli 1925

J. Joseph & Co. Neukölln

Berliner Str. 51-55

SAISON AUSVERKAUF

Beginn 1. Juli

in fast allen Abteilungen

Mengenabgabe vorbehalten

Damen-Wäsche

- Damen-Hemden mit breiter Spitze garniert..... 1⁰⁰
- Damen-Beinkleider reich mit Hohlraum verziert..... 1²⁵
- Hemdhosens moderne Windelform..... 1⁸⁵
- Prinzessröcke mit schöner Stickerei garniert..... 2²⁵
- Knaben- u. Mädchen-Hemden für 1-5 J. 1¹⁰ für 6-12 J. 1⁷⁵
- Hüthalter aus weissen und farbigen Dreil. mit Gummi, 1 Paar Hüthalter..... 1⁷⁵
- Damen-Schürzen in haut Kretonne und Water..... 95 Pf.

- Damen-Nachthemden vorzüglicher Stoff, mit Hohlraum verziert..... 2⁹⁵
- Unterkleider u. Hemdhosens aus Kunstseide, in viel. Farben, Stck. 3⁷⁵

Seidenstoffe

- Japon ca. 90 cm breit, in vielen Farben..... Meter 3¹⁰
- Foulard reine Seide, doppeltbreit, moderne Muster..... Meter 4⁹⁰
- Basiseidene Schotten ca. 100 cm breit..... Meter 6⁵⁰

- Klößelspitzen u. Einsätze, maschinen-gekloppt, ca. 2 cm breit Meter 8 Pf.
- Klößelspitzen u. Einsätze, maschinen-gekloppt, ca. 6 cm breit Meter 18 Pf.
- Stickerei-Hemdpassens... Stck. 75 Pf.
- Moderne Weste Opalkragen, Weste mit V-förmigen Spitze u. Einsätze, Stck. 1³⁵

Ein Posten Restbestände in

Damen-Bekleidung

gewaltig im Preise ermässigt

- Waschkleider bedruckte Stoffe und moderne Streifen jetzt 6⁵⁰ 5⁹⁰ 4⁹⁰ 3⁹⁵
- Wollkleider..... jetzt 13⁵⁰ 9⁷⁵ 6⁹⁰ 3⁷⁵
- Seidenkleider..... jetzt 29⁵⁰ 28⁵⁰ 19⁷⁵
- Damen-Kostüme..... jetzt 48⁰⁰ 39⁵⁰ 25⁵⁰ 16⁷⁵
- Damen-Mäntel aus Rippe u. Tuch jetzt 39⁵⁰ 29⁵⁰ 19⁷⁵
- Voileblusen in vielen Ausführungen..... 5⁹⁰ 4⁹⁰ 3⁹⁰

- Knaben-Anzüge aus grau gem. Stoff, u. Anknöpf., für das Alter v. 2-9 J., Gr. 0-8, durchweg jetzt 9⁷⁵

Waschstoffe

- Vollvoile bedruckt, aparte Muster..... Meter 98 Pf.
- Crépe marocain grosse Musterauswahl..... Meter 1²⁵
- Frotté doppeltbreit, gemustert..... Meter 1³⁵

- Kaffeegedeck mit 6 Servietten, 4⁷⁵ 130/100 5⁷⁵
- Schlafdecken..... 2⁴⁵ 3²⁵
- Damen-Tücher, Batist, mit Hohlraum, Stck. 10 Pf.
- Herren-Tücher, weisse Linon, mit kleinem Fehlern..... 1/2 Dutzend 1²⁵

Schuhwaren

- Damen-Halbschuhe zum Schnüren u. mit Spange, verschiedene Qualit., unsort. Größen 5⁰⁰
- Damen-Halbschuhe in braun u. schwarz, vorzüg. Qual., schöne Formen, unsortierte Größen 9⁵⁰
- Damen-Halbschuhe in braun, schwarz u. Lackleder, versch. Ausführung, mod. Formen 12⁵⁰
- Herren-Stiefel und -Halbschuhe, verschiedene Lederarten, gute Qualitäten, unsortierte Größen 8⁰⁰

Strümpfe

- Damen-Strümpfe Baumwolle, schwarz, Doppelsohle, Hochterse und Naht..... 75 Pf.
- Damen-Strümpfe prima Schleierfaser, schwarz und moderne Farben..... 1⁷⁵
- Damen-Strümpfe Trama-Seide, schwarz, fehlerfrei 2⁹⁵

- Herren-Hemden weiss, feine Baumwolle, mit farbigen Knöpfen..... 2⁴⁵
- Herren-Netzjacken Größe 4-7..... 95 Pf.

Kleiderstoffe

- Kinder-Schotten doppeltbreit..... Meter 90 Pf.
- Eolienne moderne Farben, Wolle mit Seide..... Meter 3⁶⁰
- Wollmusseline bedruckt, in grosser Auswahl..... Meter 2⁴⁵

- Gummi-Hosenträger mit Leder..... 95 Pf.
- Binder reine Seide..... 1⁷⁵
- Herren-Hüte in grossem Farbensortiment..... 2⁰⁰
- Perkal-Oberhemd mit Klappmanschetten und Kragen..... 4⁰⁰

HERMANN TIETZ

FRANKFURTER ALLEE